

Armut hinter tollen Hausfassaden

Diakonie, Caritas und fünf Landtagskandidaten an einem Tisch. Dabei ging es vor allem um die Wohnungssituation und die offene sowie die versteckte Armut im Oberland. Zwei Problembereiche, die in der Region größer sind als in vielen anderen bayerischen Landesteilen, in den Wohnen und Leben noch günstiger sind.

VON RALF SCHARNITZKY

Weilheim – Sie wollten „ins Gespräch kommen“, so hieß es in der Einladung. Gastgeber waren Stefan Helm von der Diakonie Oberland und Thomas Koterba von der Caritas. Geladen waren die Landtagskandidaten aus dem Stimmkreis Weilheim-Schongau. Und auch die Presse sollte bei dem Kennenlern-Treffen im Haus der Kirche in Weilheim dabei sein – als Anreiz für die Politiker, damit sie die Einladung auch wirklich annehmen, wie Koterba bei der Begrüßung lachend sagte; und natürlich auch, weil Öffentlichkeit beim Thema Soziales in diesen Zeiten nicht schaden kann.

Unter dem Motto „Denn Armut habt ihr allezeit unter



Prominent besetzt war die Runde mit gleich fünf Landtagskandidaten: (v.l.) Gastgeber Stefan Helm, Andreas Krahl (Grüne), Dominik Streit (SPD), Agnes Edenhofer (ÖDP), Thomas Koterba (Caritas), Harald Kühn (CSU) und Martin Neuner (Linke).

FOTO: GRONAU

Euch – Ideen und Programme unserer Wahlkreiskandidaten*innen für das Soziale Bayern nach der Landtagswahl“ wollten die beiden kirchlichen Träger der freien Wohlfahrt Antworten auf die sozialen Herausforderungen von den Politikern.

Auch wenn dies recht allgemein und bayernweit klang, dirigierten Helm und Koterba das Gespräch schnell auf die lokale Ebene. Agnes Edenhofer (ÖDP), die beiden Landtagsabgeordneten Harald Kühn (CSU) und Andreas Krahl, (Bündnis 90/Die Grünen), Martin Neuner (Die Linke) und Dominik Streit (SPD) hatten jeder drei Minuten Zeit, um ihre Parteiprogram-

me zum Thema Soziales zu skizzieren.

Kandidatin Susann Enders (Landtagsabgeordnete der Freien Wähler) und FDP-Kandidat Yannik Timo Böge hatten aus Termingründen abgesagt. Den AfD-Kandidaten Benjamin Nolte wollten Hausherr Helm und Koterba nicht bei dem internen Treffen dabei haben.

Nach dem kurzen Ausflug in die bayerische Sozialpolitik zeigte sich, dass manche Probleme in ganz Bayern gleich, einige im Oberland aber gravierender sind: etwa der überbelegte Wohnungsmarkt und die offen ersichtliche sowie die versteckte Armut. Der Grünen-Politiker

Krahl stellte die Situation, die er als Rettungssanitäter immer wieder erlebt hat, anschaulich dar: „Wir leben in einer Region von trügerischer Sicherheit. Hinter den tollen Fassaden der Häuser findet sich oft die Armut.“

Während in anderen Regierungsbezirken Häuser und Wohnungen für Familien und Normalverdiener vor allem zur Miete, aber auch zum Kauf noch erschwinglich sind, ist Wohnraum in Oberbayern und hier vor allem im Oberland für viele nicht mehr zu bezahlen. „Wie kann hier schnell Abhilfe geschaffen werden?“, wollte Diakon Helm wissen.

Von Kühn kam die Ant-

wort: „Schnell geht nicht, eher andersrum.“ Und Streit bestätigte: „Kurzfristig geht nix.“

Als längerfristige Lösung sehen die beiden Politiker die Verringerung der Auflagen, die Beschleunigung der Verfahren und einen geringeren Standard beim sozialen Wohnungsbau. Der CSUler meinte zudem, dass mehr dafür getan werden muss, dass private Investoren wieder mehr Wohnungen bauen. Der SPD-Mann brachte das Thema „Wohnungstausch“ ins Spiel: „Hier muss das vorhandene Potential gehoben werden.“

In die Armut zu rutschen, ist im Oberland leichter und geschieht prozentual öfter als in anderen Regionen, in denen Wohnen und Leben günstiger ist. Und die hohe Inflation tut ein Übriges. Diplom-Kaufmann Koterba brachte ein drastisches Beispiel: „Wenn es die Tafeln nicht gäbe, würden Menschen verhungern.“

Da der Landtag das Inflationsproblem nicht lösen könne, so Krahl, „müssen alle solidarisch sein und den Menschen helfen, aus der Situation heraus zu kommen.“ Dafür müssten Steuermittel eingesetzt werden. Der Grünen-Politiker nannte die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die Einführung einer Rei-

chensteuer.

Viele von Armut Betroffene müssen über kurz oder lang zur Schuldnerberatung – und deren Arbeit sehen Diakonie und Caritas aus finanziellen und personellen Gründen in Gefahr. Linken-Mitglied Neuner meinte, dass der Staat die Schuldnerberatung finanzieren müsse. ÖDP-Politikerin Edenhofer sieht als eine Lösungsmöglichkeit den Ein-

Rentenpunkte fürs Ehrenamt?

satz von Ehrenamtlichen: „Es gibt genug Rentner, die sich mit Finanzen auskennen und Zeit sowie Lust haben zu helfen.“ Ein Vorschlag, den Caritas-Chef Koterba aufgriff und in die Runde fragte: „Gibt es bald Rentenpunkte fürs Ehrenamt?“ Alle Politiker stimmten zu, verwiesen aber auf die zuständige Kompetenz des Bundes.

Am Ende des Treffens kam dann die AfD trotz Abwesenheit doch noch mit ins Gespräch. Auf die Frage in die Runde, mit wem im Raum man gerne welches Projekt durchziehen würde, kam auch die Antwort, die alle unterstützten: „Mit allen hier am Tisch dafür zu sorgen, dass die AfD unter der 5-Prozent-Hürde bleibt.“